

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

66

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Hein Kötz



Daniel Busse

Internationales Bereicherungsrecht

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
----------------------------	-----

Erster Teil: Grundlagen

1. Kapitel: Einführung	3
I. Stand des Internationalen Bereicherungsrechts in Deutschland - eine Übersicht	4
1. Gesetzeslage, Rechtsprechung und Literatur	4
2. Der Referentenentwurf.....	5
II. Geschichtliche Entwicklung.....	5
1. Die Vorläufer des heutigen Anknüpfungssystems.....	5
2. Andere frühe Ansätze	7
III. Aufgaben einer Untersuchung zum Internationalen Bereicherungsrecht.....	8
2. Kapitel: Vergleich des Bereicherungsrechts ausländischer Rechtsordnungen in Funktion und Gestalt.....	10
I. Vorbemerkung	10
II. Bereicherungsrecht im Ausland: Überblick über das Rechtsgebiet in zwei exemplarischen Rechtsordnungen	13
1. Die Situation des englischen Bereicherungsrechts.....	14
2. Italien als Beispiel eines Landes mit kodifiziertem Bereicherungsrecht	17
III. Die Aufgliederung bereicherungsrechtlicher Ansprüche	19
1. Die Diskussion in Deutschland	19
2. Generalklausel und Einzeltatbestände in Italien	21
3. Die Entwicklung in England: Anerkennung des Prinzips und neue Aufgliederungen	25
4. Systematisierungsversuche im Bereicherungsrecht - ein Zwischenergebnis	28
IV. Die Rückfordcrung von Zuwendungen.....	29
1. Italien: Ausdrückliche Regelung für die Rückforderung einer nicht geschuldeten Zuwendung	29
2. Rückforderung von Zuwendungen im englischen Recht	30
3. Zuwendungsfälle - Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	37
4. Zum Begriffspaar Leistung und Zuwendung im rechtsvergleichenden Kontext.....	39

V. Die Fälle des Eingriffs in fremdes Gut	41
1. Die Eingriffskondiktion in England - zwischen Delikt und Vertragsbruch	41
2. Italien: Eine Rechtsordnung ohne Eingriffskondiktion?	43
3. Zusammenfassung: Eingriffsfälle und Deliktsrecht	47
VI. Sonstige Fälle der Kondiktion	48
1. Verwendungen	48
2. Weitere Fälle	51
3. Sonstige Fälle und Billigkeitsprinzip	52
VII. Mehrpersonenverhältnisse, insbesondere Durchgriff	53
1. Uneinheitlichkeit der Lösung	53
2. Beispiele	53
3. Zweistufigkeit des Vorgehens	56
VIII. Zusammenfassung	56
1. Unterschiede	57
2. Gemeinsamkeiten	58
3. Kapitel: Grundfragen der Struktur eines bereicherungsrechtlichen Anknüpfungssystems	60
I. Allgemeines	60
II. Kollisionsrechtliche Einheitskonzepte	60
1. Notwendigkeit einer Einheitsanknüpfung?	60
2. Differenzierende Konzepte mit einheitlicher Grundidee	61
III. Der Einfluß des Sachrechts	64
1. Keine Ausrichtung der Kollisionsrechtsstruktur an der Sachrechtsgestalt	64
2. Offenheit einer kollisionsrechtlichen Regelung	65
IV. Kollisionsrechtsvergleich	66
V. Zusammenfassung	68

Zweiter Teil: Das geltende Internationale Bereicherungsrecht in Deutschland

4. Kapitel: Bestimmung des anwendbaren Rechts durch Vereinbarung (Rechtswahl)	73
I. Der Grundsatz der Rechtswahlfreiheit	73
II. Einschränkungen der Rechtswahl?	74
1. Ausschluß der Rechtswahl im zugrundeliegenden Rechtsverhältnis	74

2. Ausschluß bei Beeinträchtigung von Rechten Dritter	76
3. Beschränkung auf nachträgliche Rechtswahl.....	78
III. Rechtswahlergänzende Anwendung zwingender Normen	79
1. Analogie zu Art. 27 Abs. 3 EGBGB.....	79
2. Einfluß der Art. 29 Abs. 1, 30 Abs. 1 EGBGB in Zuwendungsfällen.....	80
IV. Der Rechtswahlvertrag	81
1. Das auf den Rechtswahlvertrag anwendbare Recht (Analogie zu Art. 27 Abs. 4 EGBGB).....	81
2. Zu Wirksamkeit und Auslegung des Rechtswahlvertrages.....	82
3. Analoge Anwendung von weiteren Bestimmungen des Art. 27 EGBGB.....	84
V. Zusammenfassung	84
 5. Kapitel: Objektive Anknüpfung der Zuwendungskondiktion im Zweipersonenverhältnis	
..... 86	
I. Kodifizierte Regelungen.....	86
1. Art. 32 Abs. 1 Nr. 5 EGBGB iVm. Art. 27ff. EGBGB	87
2. Vertragsstatut als Bereicherungsstatut unmittelbar über Art. 27ff. EGBGB.....	89
II. Die allgemeine Akzessorietätsregel.....	90
1. Die Akzessorietätsregel als allgemeine Ansicht zur Anknüpfung der Zuwendungsfälle.....	90
2. Kollisionsrechtsvergleich	92
3. Begründung der Akzessorietätsregel	95
4. Abzulehnende Möglichkeiten: Verfügungs- und Vernichtungsstatut	97
5. Die Voraussetzungen der akzessorischen Anknüpfung.....	99
6. Erstes Anwendungsmerkmal: Die Zuwendung	100
7. Zweites Anwendungsmerkmal: Der bestehende oder gemeinsam angestrebte Rechtsgrund.....	101
8. Drittes Anwendungsmerkmal: Die Zuordnung der Zuwendung zum Rechtsgrund.....	104
9. Zusammenfassung der wesentlichsten Ergebnisse	106
III. Die Akzessorietätsregel in besonderen Fällen	106
1. Verschiedenes Recht für gegenseitige Ansprüche	106
2. Arbeits- und Verbraucherträge als zugrundeliegende Rechtsverhältnisse.....	107
3. Deliktisches Ursprungsverhältnis.....	108
4. Dissens	108
5. Nichtzustandekommen eines Vertrages aufgrund Art. 31 Abs. 2 EGBGB	109
6. Rückabwicklung bei Nichtigkeit eines Vertrages mangels voller Geschäftsfähigkeit	109
7. Rückforderungsansprüche nicht Termingeschäftsfähiger.....	113
8. UN-Kaufrecht im zugrundeliegenden Rechtsverhältnis anwendbar	114
9. Zuwendung aufgrund behördlicher oder gerichtlicher Anordnung.....	115

10. Gefälligkeitsverhältnis als zugrundeliegendes Verhältnis.....	116
11. Mehrere in Betracht kommende Rechtsverhältnisse	117
IV. Sonderfall: condictio ob rem.....	119
1. Exkurs: Keine Notwendigkeit einer Rechtsgrundabrede bei der condictio ob rem.....	120
2. Die Einigung über die Zuwendung als maßgebliches Kriterium	121
3. Anknüpfung bei Vorliegen einer Einigung.....	122
4. Anknüpfung bei Nichtvorliegen einer Einigung.....	123
5. Zusammenfassung	124
V. Zusammenfassung: Die wesentlichen objektiven Anknüpfungsregeln bei der Zuwendungskondiktion im Zweipersonenverhältnis	125
6. Kapitel: Objektive Anknüpfung der Eingriffskondiktion im Zweipersonenverhältnis	126
I. Streitstand.....	126
II. Zur Frage einer gesonderten Anknüpfung der Eingriffskondiktion.....	127
1. Das Sachrecht	127
2. Kollisionsrechtliche Behandlung von Eingriffsfällen im Ausland.....	130
3. Zwischenergebnis: Das Ziel des Gleichlaufs mit dem Deliktsstatut.....	131
4. Zusammenfassung zu II.	132
III. Gegenüberstellung der Ansichten in verschiedenen Fallgruppen.....	133
1. Verfügungen über dingliche Rechte durch einen Nichtberechtigten.....	133
2. Tatsächliche Eingriffe in Sachen.....	135
3. Unberechtigte Einziehung einer Schuld	136
4. Wirksame Übertragung einer Forderung durch einen Nichtberechtigten.....	139
5. Verfügungen über verbriehte Rechte	140
6. Tatsächliche Eingriffe in Forderungen	144
7. Tatsächliche Eingriffe in Immaterialgüterrechte	145
8. Tatsächliche Eingriffe in das Allgemeine Persönlichkeitsrecht.....	147
9. Wettbewerbsverstöße.....	147
IV. Auswertung und Ergebnis	148
1. Auswertung	148
2. Ergebnis	151
V. Sonderprobleme der deliktsparallelen Anknüpfung.....	151
1. Anwendbarkeit der Ubiquitätsregel	152
2. Anwendbarkeit von Art. 38 EGBGB	153
3. Anwendbarkeit der Rechtsanwendungsverordnung von 1942	154
7. Kapitel: Objektive Anknüpfung sonstiger Kondiktionen im Zweipersonenverhältnis	155

I. Struktur der Anknüpfungsregeln und Meinungsstand.....	155
1. Zur Struktur der Anknüpfungsregeln für die sonstigen Konkurrenzen.....	155
2. Meinungsstand	156
II. Fallgruppen	159
1. Verwendungen sächlicher Art (Fälle der Verbindung, Vermischung etc.)	159
2. Verwendungen nichtsächlicher Art	160
3. Fälle der „abgeirrten Leistung“	161
4. Weitere Fälle	164
III. Zusammenfassung und Stellungnahme; Ergebnis	165
1. Zusammenfassung und Stellungnahme	165
2. Ergebnis	167
 8. Kapitel: Wesentlich engere Verbindung	168
I. Allgemeines	168
II. Einzelne Fälle	169
1. Zugrundeliegendes Rechtsverhältnis	169
2. Übereinstimmende Beziehung zu einem bestimmten Staat	172
3. Weitere Fälle?.....	173
III. Zusammenfassung	174
 9. Kapitel: Mehrpersonenverhältnisse.....	175
I. Die Aufteilung des komplexen Sachverhalts in Zweipersonenverhältnisse als kollisionsrechtliches Problem.....	175
II. Die Anknüpfung des Aufteilungsproblems.....	178
1. Einordnung als Qualifikationsfrage?.....	178
2. „Abwicklung in den fehlerhaften Rechtsverhältnissen“ als Kollisionsnorm?	179
3. Das Statut des Valutaverhältnisses als entscheidende Rechtsordnung bei Weisungsfällen	180
a) Das Statut des Deckungs- und das des Valutaverhältnisses als in Betracht kommende Rechtsordnungen.....	182
b) Anwendbarkeit des Statuts des Valutaverhältnisses	183
c) Die Einwände Knochs	185
d) Fälle unter Beteiligung Geschäftsunfähiger	186
4. Ergebnis	187
III. Anknüpfung des Aufteilungsproblems in Fällen ohne Rechtsverhältnis zwischen Zuwendendem und Zuwendungsempfänger.....	188
1. Weisungsfälle bei Dreipersonenverhältnissen: Das auf die Direktkonkurrenz anwendbare Recht.....	188
2. Unechte Verträge zugunsten Dritter.....	189

3. Zahlung auf fremde Schuld.....	190
a) Das auf die Aufteilung anwendbare Recht	191
b) Das konkret anwendbare Recht.....	191
4. Weisungsfälle bei Vier- und Mehrpersonenverhältnissen	192
a) Durchlieferungsfälle.....	193
b) Fälle mit Einschaltung von Zahlstellen.....	193
c) Beispiel	195
d) Zusammenfassung zu den Weisungsfällen.....	196
5. Sonderfall: Verfolgungsanprüche.....	196
a) Problem.....	196
b) Meinungsstand	197
c) Das für die Bestimmung des Abwicklungsmodells maßgebliche Recht.....	198
d) Das auf den Direktanspruch anwendbare Recht.....	200
e) Zusammenfassung.....	200
6. Zusammenfassung zu III.	200
 IV. Anknüpfung des Aufteilungsproblems bei Vorliegen eines Rechtsverhältnisses zwischen Zuwendendem und Zuwendungsempfänger.....	201
1. Allgemeines.....	201
2. Bürgschafts- und Garantienfälle.....	202
a) Das Problem	202
b) Die Festlegung des RückabwicklungsmodeLLs	202
c) Das auf den Rückgriff anwendbare Recht	204
3. Echte Verträge zugunsten Dritter.....	204
4. Zessionsfälle	206
5. Akkreditivverkehr.....	207
a) Grundsätzliches.....	207
b) Einschaltung einer zweiten Bank.....	208
 V. Zusammenfassung	208
 10. Kapitel: Renvoi.....	210
I. Allgemeines.....	210
1. Grundsatz und Ausnahmen.....	210
2. Insbesondere: Die Ausnahme des Art. 4 Abs. 1 S. 1 aE. EGBGB	210
II. Die Fälle im einzelnen	211
1. Rechtswahl	211
2. Zuwendungskondition.....	211
3. Eingriffskondition.....	211
4. Sonstige Ansprüche	213
5. Engere Verbindung.....	214
6. Bestimmung des Abwicklungsmodells bei Mehrpersonenverhältnissen	214

I. Grundlagen.....	215
1. Das Problem der Qualifikation im allgemeinen.....	215
2. Qualifikation und gegliederte Kollisionsnorm.....	216
3. Sonstige Probleme im Internationalen Bereicherungsrecht.....	217
4. Indizierung der Qualifikation bei Verweisung innerhalb des Sachrechts?.....	218
II. Qualifikation und Zuwendungsfälle	219
1. Allgemeines.....	219
2. Abgrenzung zum Statut des zugrundeliegenden Rechtsverhältnisses.....	220
3. Abgrenzung zum Sachenrechtsstatut.....	222
4. Abgrenzung zum Deliktsstatut.....	223
III. Qualifikation und Eingriffsfälle	225
1. Das „fremde Gut“	225
2. Vorliegen eines Eingriffs	225
3. Abgrenzung zum Deliktsstatut	227
4. Abgrenzung zum Vertragsstatut.....	228
IV. Qualifikation und sonstige Bereicherungsansprüche	229
1. Die Zugehörigkeit sonstiger Fälle zum Bereicherungsrecht	229
2. Insbesondere: Verwendungskondition	229
3. Abgrenzung zum Statut der Geschäftsführung ohne Auftrag.....	230
V. Übergreifende Abgrenzungs- und Verweisungsumfangsfragen.....	231
1. Qualifikation bei dem deutschen Recht fremden Rechtsinstituten (insbesondere trusts)	231
2. Abgrenzung zu dinglichen Folgeansprüchen.....	233
3. Übergreifende Verweisungsumfangsfragen	233
4. Qualifikatorisch maßgeblicher Zeitpunkt	234
5. Exkurs: Ordre public; zwingendes Recht.....	235
VI. Der Einfluß der Kollisionsnormen des berufenen Rechts	235
VII. Zusammenfassung der wesentlichsten Ergebnisse.....	236

Dritter Teil: Das deutsche Internationale Bereicherungsrecht de lege ferenda

12. Kapitel: Das deutsche Internationale Bereicherungsrecht de lege ferenda	241
I. Grundlagen.....	241
1. Die Normierung als Vorhaben überhaupt	241
2. Die Struktur des Entwurfs	242
3. Die Struktur der Regeln zur objektiven Anknüpfung bereicherungsrechtlicher Fälle	243

II. Art. 42 Ref-E (Rechtswahl).....	243
1. Allgemeines.....	243
2. Beschränkungen der Rechtswahl.....	243
3. Rechte Dritter (Art. 42 S. 2 Ref-E).....	244
4. Regelungen zum Rechtswahlvertrag.....	244
5. Rechtswahlergänzende Anwendung zwingender Normen.....	245
6. Eigener Vorschlag	245
III. Art. 38 Abs. 1 Ref-E (Leistungskondition/Zuwendungsfälle)	245
1. Allgemeines.....	246
2. Die Voraussetzungen der akzessorischen Anknüpfung.....	246
3. Anwendung der Akzessorietätsregel in besonderen Fällen.....	248
4. Eigener Vorschlag	249
IV. Art. 38 Abs. 2 Ref-E (Eingriffskondition).....	250
1. Allgemeines.....	250
2. Der Anknüpfungspunkt.....	251
3. Anwendungsfragen	252
4. Eigener Vorschlag	252
V. Art. 38 Abs. 3 Ref-E (Sonstige Fälle).....	253
1. Allgemeines.....	253
2. Zur Qualifikation als bereicherungsrechtlich.....	253
3. Der Anknüpfungspunkt.....	254
4. Eigener Vorschlag	254
VI. Art. 41 Ref-E (Wesentlich engere Verbindung)	255
1. Struktur der Regeln.....	255
2. Anwendungsbereich.....	256
3. Abs. 2 Nr. 2	256
4. Eigener Vorschlag	256
VII. Mehrpersonenverhältnisse.....	257
1. Fehlen einer umfassenden Regelung	257
2. Notwendigkeit einer Regelung	258
3. Inhalt der Regelung	258
4. Aufnahme der Regelung in das Gesetz	259
5. Vorschlag (als Art. 38 Abs. 4).....	260
VIII. Sonstige nicht geregelte Probleme.....	260
1. Renvoi	260
2. Anwendungsbereich und Umfang	261
3. Verweisung auf eine Rechtsordnung mit Rechtsspaltung.....	261
4. Anknüpfungszeitpunkt.....	262
5. Übergangsrecht.....	262
IX. Zusammenfassung.....	263
1. Zum Referentenentwurf	263

2. Eigener Entwurf	263
Anhang	265
Literaturverzeichnis	276
Sachregister	295